

4 CORONA-IMPfstoff – SPIELBALL DER IMPERIALISTEN
International

6 DIE WELT DER WANDELNDEN TOTEN
BRD

9 ERNEUTE AUSGANGSSPERRE
Baden-Württemberg

10 MEXIKO: „BRENNT ALLES NIEDER“
Frauen

12 EINHEITSKOMMISSION MARKE BRD
Berlin

14 HOTSPOT TENEVER?!
Bremen

16 BISMARCK UND SEIN DENKMAL
Hamburg

18 „DER JUNGE KARL MARX“ - REZENSION
Kultur

Liebe Leserinnen und Leser,

schon wieder ist ein Jahr vorbei, schon wieder beginnt ein neues Jahr. Doch das Jahr 2020 war anders als die anderen, seit es die „Rote Post“ gibt. Es hat sich deutlich gezeigt, dass dieses System – der Imperialismus – nicht weiter bestehen kann und, dass seine Lebenskräfte mehr und mehr schwinden. Die Wirtschaftskrise, die sich dieses Jahr angefangen hat, zu entfalten, die eine Überproduktionskrise ist, verstärkt durch die Handhabung der Corona-Pandemie der reaktionären Regierungen, macht deutlich wie seit Ende des 2. Weltkrieges nicht, dass dieses System nicht ewig bestehen kann und nicht ewig bestehen wird. Und auch wenn viele es vielleicht noch nicht begriffen haben oder noch nicht sehen wollen, befinden wir uns erst am Anfang eben dieser Krise, ihr Höhepunkt ist noch nicht erreicht.

Mehr und mehr geraten die Imperialisten auf der Welt in Bedrängnis. Nicht nur durch den nach wie vor starken Kampf und Widerstand der Völker der Welt und besonders der unterdrückten Nationen. Es zeigt sich auch besonders stark hier in der BRD, dass die amtierende Vertretung der imperialistischen Großbourgeoisie und ihre restlichen parlamentarischen Anhängsel immer weiter in Bedrängnis geraten. Dies drückt sich aus in den Durchhalteparolen für ihren Ausnahmezustand, die immer wieder ausgegeben werden. Zunächst hieß es in einem immer wiederholten Appell an die Bevölkerung, der sogenannte „Lockdown light“ im November wäre durchzustehen, damit es im Dezember wieder gelockert werden könne. Dann schachtelten die Herrschenden auf zynische Art und Weise mit den religiösen Gefühlen des christlich geprägten Teils und den Traditionen der Massen hierzulande. Die Parole „Lockdown jetzt, für ein gutes Weihnachtsfest und Silvester“ wurde ausgegeben und auf allen Kanälen ständig

wiederholt. Doch auch diese Parole der deutschen Bourgeoisie wurde im Wochentakt schnell überarbeitet und angepasst, Silvester wurde kurzerhand gestrichen. Die Propaganda aus allen Rohren für einen „harten Lockdown“, also eine massive Verschärfung des Ausnahmezustands, wurde erhöht. Bürgerliche Wissenschaftler (unter anderem die Leopoldina) meldeten sich zu Wort, um den Forderungen der Bourgeoisie Futter zu geben; ein bürgerlicher Politiker nach dem anderen meldete sich zu Wort, um eine Verschärfung der Maßnahmen zu fordern. Doch einer der Höhepunkte war die größte schauspielerische Leistung des Jahres, wenn nicht gar des letzten Jahrzehnts, von Angela Merkel vor dem deutschen Bundestag, als es ihr gelang, einigen zu vermitteln, dass sie sich tatsächlich um einen Teil des Volkes schert. Die von der bürgerlichen Presse hervorgehobene „Emotionalität“ ihrer Rede war nichts anderes als ein verzweifertes Manöver, noch einmal in einer Kraftanstrengung Legitimation und Akzeptanz der Massen für die Verschärfung des Ausnahmezustands zusammenzukratzen. Es blieben ihr auch nicht mehr viele Möglichkeiten über. Danach folgten die ersten Bundesländer, die Ausgangssperren verhängten und dergleichen mehr. Alle Maßnahmen wurden bis mindestens in den Januar hinein verlängert.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich mit ihrer Handhabung der Pandemie – dem Ausnahmezustand – und den dazugehörigen Durchhalteparolen in eine Ecke manövriert, aus der sie ohne weiteres nicht heraus kommt. Darum die Änderungen der Maßnahmen von Woche zu Woche. Die Kämpfe der Massen werden 2021 einen weiteren Aufschwung erfahren, schon alleine deswegen, weil sich die Krise noch weiter zuspitzen wird (siehe den Artikel der Kategorie „BRD“ in dieser Ausgabe). Alle

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

propagierten Hoffnungen auf „Normalisierung“ sind Augenschwermere. Darum muss die deutsche Bourgeoisie schnell härtere Maßnahmen durchsetzen und ihre Durchhalteparolen wieder und wieder über Bord werfen. Doch dieser Betrug an den Massen lässt sich nur begrenzt durchhalten, und darum nehmen die Maßnahmen einen immer restriktiveren Charakter an. Das bedeutet auch, dass kein Revolutionär in der BRD sich den Illusionen hingeben kann, dass nächstes Jahr irgendwann einfach weitergemacht werden kann wie vorher. Der sterbende Charakter des Imperialismus offenbart sich immer offener, doch sterbende und in die Ecke gedrängte Tiere sind am gefährlichsten, da sie in ihrem Todeskampf wild um sich beißen. Und so sind die Imperialisten und ihre Lakaien zu allen Verbrechen gegen das internationale Proletariat und die Völker der Welt bereit. Darunter werden vor allem die unterdrückten Nationen leiden, die bereits – bevor hier ein Wort von Impfungen vernommen werden konnte – als Versuchslabore der Pharmamonopole des imperialistischen Finanzkapitals benutzt wurden (siehe den Artikel in der Kategorie „International“). Die Imperialisten versuchen so, die Nebenwirkungen eines in überschnellem Tempo entwickelten Impfstoffs auf Kosten der Völker der unterdrückten Nationen zu minimieren, bevor er in den imperialistischen Ländern angewendet wird, damit dort die Bevölkerung nicht unter den Nebenwirkungen leidet, was die Widersprüche noch einmal verschärfen würde. Aber auch hier hat sich die Bourgeoisie durch ihre Rhetorik darüber, alle „Hoffnungen“ auf einen schnellen Impfstoff zu setzen, selber in die Ecke manövriert. Sie schaufeln sich ihr eigenes Grab. Und

2021 bedeutet in allen diesen Punkten ein Jahr des Kampfes.

Denn was sich trotz aller Bemühungen nicht aufhalten lässt, ist der Kampf des internationalen Proletariats und der Völker der Welt. Diese feiern in diesen Tagen – wie wir in der letzten Ausgabe der „Roten Post“ auch ausgeführt haben – den 200. Geburtstag von Friedrich Engels, einem der Begründer der Ideologie des Proletariats. Überall auf der Welt haben Kommunisten dazu unterschiedliche Aktionen gemacht, so auch in der BRD. In Wuppertal, dem Geburtsort von Engels, gab es am 28. November eine Demonstration, bei der die Polizei versucht hat, Teilnehmer unter Berufung auf die Maßnahmen des Ausnahmezustands zu verhaften. Dies wurde von der Demonstration zurückgeschlagen. Zusätzlich sind anlässlich des 28. Novembers 200 Fahnen mit Hammer und Sichel in der ganzen Stadt aufgehängt worden. Wir wollen hier auch einen kleinen Eindruck der weltweiten Aktionen zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels geben.

Wir müssen auch eine Selbstkritik darüber machen, dass wir den Artikel über Friedrich Engels in der letzten Ausgabe der „Roten Post“ in der Kategorie „Kultur“ veröffentlicht haben. Diese Handhabung unsererseits war sehr mechanisch, da das Leben eines der Begründer des Marxismus nicht einfach eine Frage der Kultur ist. Diese Dinge werden wir in der Zukunft besser handhaben.

Eure RoPo-Redaktion



MEXIKO



BRASIL



BRD - WUPPERTAL



CHILE



GALIZIEN - SPANISCHER STAAT



ÖSTERREICH

CORONA-IMPfstoff – SPIELBALL DER IMPERIALISTEN

Vor einigen Wochen brach in der BRD die große Diskussion rund um einen Impfstoff gegen das Corona-Virus los und damit auch die große Hoffnung über ein scheinbar greifbares Ende aller Maßnahmen, die mit dem Virus gerechtfertigt werden. Auslöser war die Entdeckung eines angeblich verlässlichen Impfstoffs durch das deutsche Pharmaunternehmen Biontech in Kooperation mit dem US-Konzern Pfizer. Seitdem ist der Impfstoff eines der größten Themen in der bürgerlichen Presse und vor allem, wann denn endlich mit dem Impfen losgelegt werden kann. Die Bundesregierung der BRD schreibt dazu: „Es zeichnet sich ab, dass mit ersten sicheren und wirksamen Impfstoffen gegen SARS-CoV-2, die vor COVID-19 schützen, ab Anfang 2021 zu rechnen sein könnte. Weltweit wird an der Entwicklung mehrerer Impfstoff-Typen gearbeitet.“ Ab Anfang 2021 würde bedeuten, dass etwa ein Jahr nach der Entdeckung des Virus damit angefangen wird, gegen es zu impfen. Eine so kurze Zeit zwischen Entdeckung eines Virus und dem Beginn der Impfung dagegen hat es so in der Geschichte noch nie gegeben. Die normale Zeitspanne liegt – ebenfalls laut Bundesregierung – bei 15 bis 20 Jahren. Sie schreibt: „Einen Impfstoff zu finden, ist prinzipiell ein aufwändiges Verfahren. Bisher war eine Zeitspanne von der Virusanalyse bis zur Marktzulassung eines Impfstoffs mit 15 bis 20 Jahre als realistisch anzusehen.“ Es ist keineswegs Ziel dieses Artikels, in Frage zu stellen, ob Impfen grundsätzlich eine gute Sache ist – durch Impfungen wurden viele lebensbedrohliche Krankheiten eingedämmt und ausgerottet. Es geht darum, die Maske herunterzureißen, hinter der das ganze Gerede über einen Impfstoff stattfindet, zu zeigen, auf wen die Last der Art und Weise der Entwicklung dieses Impfstoffs abgewälzt wird und wer tatsächlich davon profitiert, denn in einer Klassengesellschaft hat eben alles einen Klassencharakter.



Entwicklung der Biontech-Aktie im Jahr 2020

International gesehen ist der Impfstoff von Biontech nicht der erste. Schon seit dem 1. August ist ein Impfstoff aus Russland, der dort mit einer Notfallzulassung zugelassen wurde, auf dem Markt. Er trägt den Namen „Sputnik V“ – angelehnt an die Rakete der sozialimperialistischen Sowjetunion aus den 50er-Jahren, die als erste Rakete das Weltall erreicht hat. Eine pure Provokation Russlands gegen seine imperialistische Konkurrenz – insbesondere gegen den Yankee-Imperialismus, die an die Zeiten des sogenannten „Kalten Krieges“ erinnert, ganz nach dem Motto „Wieder die Ersten!“. Mit der Entwicklung des ersten Impfstoffs gegen das Corona-Virus zeigten sich auch die ersten grausamen Methoden, die diese kurzfristige Entwicklung mit sich bringt. Denn zu der Entwicklung des Impfstoffs gehörten auch Tests, und zwar am Menschen. Diese Tests wurden aber nicht in Russland durchgeführt; für die Experimente am Menschen zogen die russischen Imperialisten nach Lateinamerika, nach Venezuela. Ohne tatsächlich zu wissen, wie sich der neue Impfstoff auf den menschlichen Körper auswirken würde, wurde einfach drauflos geimpft und somit alle Konsequenzen, von Folgeerkrankungen bis zum Tod, in Kauf genommen. Venezuela wurde so zum ersten Testfeld für einen Impfstoff gegen das Corona-Virus und das venezolanische Volk zum Versuchskaninchen. Doch Venezuela blieb nicht die einzige unterdrückte Nation in Lateinamerika, die für Tests hinhalten musste. Bald folgten die deutschen Unternehmen Biontech und Curevac mit Tests in Peru, Bolivien und Argentinien. Die Yankees, Großbritannien und China begannen, in Brasilien zu testen und stellten der brasilianischen Regierung als „Gegenleistung“ in Aussicht, dass auch Brasilien in die Impfstoffproduktion eingebunden würde. Gerechtfertigt wurden diese Menschenversuche mit den hohen Infektions- und Todeszahlen in Lateinamerika. Fünf der zehn bisher am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder befinden sich dort. Die unterschiedlichen Imperialisten nutzen so das Elend der Völker Lateinamerikas, das sich durch die Pandemie nur noch weiter verschärft hat, aus, testeten ihren Impfstoff an den Massen dort, um später geringe Nebenwirkungen bei der eigenen Bevölkerung zu haben, und stellen sich dabei noch als die großen Heilsbringer in der Not dar. Niemand kann heute schon sagen, welche genauen Folgen die Tests auf langfristige Sicht haben werden, dafür

ist es noch zu früh. Doch all die Folgen werden sich noch zeigen – hier, aber ganz besonders in den unterdrückten Nationen. Der Impfstoff, der dann in den imperialistischen Ländern benutzt werden wird, basiert aber schon auf dem Elend der Völker der unterdrückten Nationen.

Seit seiner Zulassung am 1. August wird der russische Impfstoff auch in Russland selbst verabreicht. Virologen aus verschiedenen Ländern sind sich bisher uneinig darüber, was im Allgemeinen davon zu halten ist. Die einen halten es für unbedenklich, die anderen meinen, dass es zu früh ist und der Impfstoff nicht hinreichend erforscht wurde. Auch Großbritannien impft seit dem 8. Dezember, allerdings nicht mit dem Impfstoff, den das britisch-schwedische Unternehmen AstraZeneca entwickelt hat, sondern mit dem Biontech-Impfstoff aus der BRD. Der AstraZeneca-Impfstoff wies in Studien stark unterschiedliche Wirksamkeitsergebnisse auf, teils im Bereich von nur 60 Prozent. Nichtsdestotrotz wird der Impfstoff hergestellt und verabreicht, beides in Indien. Das bestätigt auch die Annahme, dass die Impfstoffe mit vermeintlich hoher Wirksamkeit – so wie der von Biontech – die Länder der Dritten Welt vermutlich niemals als fertige Produkte erreichen werden.

Doch wie kann es überhaupt sein, dass, wenn schon ein Impfstoff entwickelt worden ist, jedes imperialistische Land sein eigenes Süppchen kocht, wobei doch die ganze Zeit gesagt wird, dass die größte Priorität sein muss, die Pandemie weltweit auszurotten?! Die Liste an Impfstoffen im Entwicklungsprozess ist schier endlos, allein in der BRD sind elf verschiedenen Unternehmen zu Gange. Eine unverkennbare Tatsache ist, dass ein Impfstoff gegen das Corona-Virus eine ungeheure Geldquelle ist. Das zeigt sich auch daran, wie die Aktienkurse der beiden deutschen Unternehmen Biontech und Curevac gestiegen sind (siehe Grafik, wo die Aktie im April mit der zunehmenden Verbreitung des Virus, im Oktober aufgrund der „positiven Forschungsergebnisse“ springt). Biontech-Chef Ugur Sahin ist durch diese Explosion des Aktienkurses seines Unternehmens ökonomisch reichlich aufgestiegen. Sein Privatvermögen wird nun auf rund fünf Milliarden Euro geschätzt, was ihn zu einem der reichsten 500 Menschen der Erde macht. Diese Zahlen lassen die unterschiedlichen Imperialisten selbstverständlich nicht kalt, und wie immer werden die ökonomischen Interessen in den

Vordergrund gestellt. Entsprechend besteht eine große Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Konzernen um die Impfverträge und die Zulassungen. Während die Märkte einiger weniger Länder schon erobert scheinen, beginnt die Aufteilung in den meisten Ländern und Kontinenten gerade erst. So beantragte das US-Unternehmen Moderna als erstes Unternehmen eine Zulassung für die EU. Biontech folgte, auch Curevac beantragte die EU-Zulassung sowie wie Zulassungen für unterschiedliche lateinamerikanische Länder. Was sich mit all dem besonders zeigt, ist, dass es eine bloße Illusion wäre, zu glauben, dass der oder die kommenden Impfstoffe gegen das Corona-Virus an erster Stelle zum Schutz der Gesundheit der Völker der Welt dienen werden. Die gängige Zeitspanne der Erforschung der Impfstoffe wurde kurzerhand auf ein Fünftel bis ein Zwanzigstel verkürzt, Impfstoffe mit geringer oder bisher unklarer Wirksamkeit werden verabreicht, während große Konzerne Milliarden verdienen. Was eindeutig an der Spitze steht, sind die ökonomischen Interessen der verschiedenen Imperialisten, und somit, wie viel Profit sie mit ihrem Impfstoff machen können. Dazu gehen sie über Leichen und riskieren einen großen Massenmord an den Völkern der Welt – ganz besonders in den unterdrückten Nationen. Eine Frage, die sich dazu ergänzend stellt, ist, welchen Einfluss der Beginn mit Impfungen auf den Ausnahmezustand haben wird – hier in der BRD, aber auch in anderen Ländern. Wird der nächste Sommer, wenn viele geimpft sind, wieder ein ganz „normaler“ Sommer, oder werden der Ausnahmezustand und seine Maßnahmen zur Normalität? Alles, was im Jahr 2020 allein hier in der BRD passiert und vom Ausnahmezustand gezeichnet worden ist – vom Einsatz der Bundeswehr im Inland, über Kontaktbeschränkungen, Parlamente, die sich selbst beschneiden, die Aussetzung grundlegender demokratischer Rechte, bis hin zur massiven polizeistaatlichen Entwicklung des deutschen Staates – wird all das „nach Corona“ wie weggeblasen sein? Mit Sicherheit nicht. Der am weitesten klaffende Widerspruch besteht nicht zwischen Menschheit und Virus, er besteht zwischen Ausgebeuteten und ihren Ausbeutern. Es ist nicht die Corona-Pandemie der Grund für all das, was die Imperialisten und ihre Lakaien den Völkern der Welt aufgezwungen haben; es ist die größte Wirtschaftskrise seit Ende des 2. Weltkriegs. Zu glauben, nach der Pandemie würde wieder alles wie vor der Pandemie, wäre eine große Täuschung. •

DIE WELT DER WANDELNDEN TOTEN: DER HÖHEPUNKT DER KRISE KOMMT ERST NOCH

Es gibt ein Thema unter bürgerlichen Ökonomen, das in den letzten Monaten im Schatten der sogenannten „Corona-Krise“ wenig bis gar keine Aufmerksamkeit in der Diskussion, neben Lockdown hier und Impfstoff da, bekommen hat. Dabei hat diese Sache eine große Auswirkung auf das Leben der Arbeiterklasse und auch Teile anderer Klassen in diesem Land, oder wird sie noch haben. Die Rede ist davon, was diese Ökonomen die „Zombifizierung der Wirtschaft“ nennen. Denn zahlreiche Unternehmen würden als „Zombies“ nur noch künstlich am Leben gehalten werden, was gravierende Folgen für die gesamte Wirtschaft hat. Doch was sind diese angeblichen „Zombies“? Und warum ist das etwas, was die Arbeiterklasse interessieren sollte und von den Herrschenden weitgehend aus der öffentlichen Debatte herausgehalten wird?

Wovon sie reden

Sogenannte „Zombies“ sind in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft Unternehmen, die künstlich am Markt gehalten werden, aber eigentlich insolvent (also zahlungsunfähig) sind. Diese Sache betrifft viele kleine und mittlere, aber auch sehr große Unternehmen, die Monopole. Ein Insolvenzverwalter beschreibt das in einem Interview mit folgendem Beispiel aus seiner Arbeit:

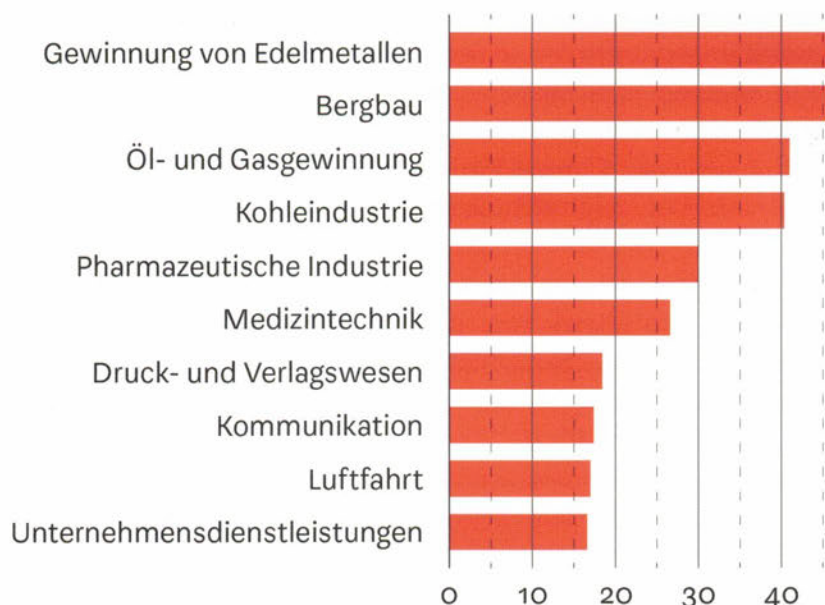
„Eine Großbäckerei hat schon vor Corona Probleme mit ihrem Geschäftsmodell, verkauft ihre Brötchen für weniger als den Selbstkostenpreis. Die daraus resultierenden Verluste werden jetzt über Corona-Kredite abgefangen, zudem nutzt der Betrieb die Aussetzung der Antragspflicht [für Insolvenz] und Kurzarbeit. Am Geschäftsmodell hat sie nichts geändert. Die Bäckerei verkauft ihr Brot weiterhin zehn Prozent unter den eigentlichen Kosten. Dieses Zombieunternehmen macht dann

Wettbewerbern, die nachhaltiger denken und keine Darlehen aufgenommen haben, enorme Konkurrenz.“ (volksstimme.de, „Insolvenzverwalter erwartet Pleitewelle“, 02. November 2020)

Während in Horrorfilmen Zombies überleben, indem sie sich von den Lebenden ernähren, überleben die „Wirtschaftszombies“ nur durch billige Kredite der Banken, wie z.B. der Europäischen Zentralbank (EZB), die seit Jahren Geld für Kredite mit sehr niedrigen Zinsen vergibt. Diese Kredite werden dann von den „Zombies“ aufgenommen und halten diese am Leben, obwohl sie laut der Logik des Imperialismus nicht mehr produktiv sind. Häufig werden mit den „Billigkrediten“ lediglich ältere Kredite bedient und nicht in die Produktivität der Unternehmen investiert. Auch die sogenannten „Corona-Hilfen“ des deutschen Staates unterstützen diesen Prozess, so ist unter anderem die sogenannte „Insolvenzmeldepflicht“ bis Anfang 2021 ausgesetzt. Das heißt, eigentlich insolvente Unternehmen können weiter bestehen. Der Insolvenzberater erläutert: *„So wurde verhindert, dass zahlungsunfähige oder überschuldete Unternehmen*

IN WELCHEN BRANCHEN SICH ZOMBIES TUMMELN

Anteil der Zombieunternehmen an allen Unternehmen einer Branche (2017, in Prozent)



Quelle: BIS

zum Insolvenzgericht laufen. Gerade die kleinen bis mittleren Unternehmen haben das zum Anlass genommen, erst einmal abzuwarten und zu hoffen, dass die Welt eine bessere wird. Deswegen stellen sie keine Insolvenzanträge, bis heute nicht.“ Der bürgerliche Staat unterstützt diese Unternehmen aus Angst vor einem abruptem Kollaps, einem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems. Ohne diese Hilfskredite wären zahlungsunfähige Unternehmen pleite gegangen, Arbeitslosenzahlen sprunghaft explodiert und der Konsum immens eingebrochen. Somit kauft sich der Staat Zeit.

„Zombies können sich mit Hilfe niedriger Zinsen und Staatsgeldern über Wasser halten. Es fließen nach wie vor Überbrückungshilfen und Notkredite, laufende Kosten werden vom Staat bezahlt. Eine besondere Rolle spielt die zum jetzigen Zeitpunkt völlig unnötige Ausweitung des Kurzarbeitergelds auf 24 Monate – diese Maßnahme kann ein wahres Zombie-Förderprogramm werden. Wenn die Wirtschaft vorher wieder anspringt, werden vor allem schwache Unternehmen bis Ende 2021 weiter am Tropf hängen. Manche schwachbrüstige Firmen sind nur wegen derartiger Hilfen in der Lage, ihre Kredite zu bedienen – oder nehmen nun sogar neue Kredite auf, um alte zu bedienen.“, sagt ein bürgerlicher Ökonom in der Zeitung „WirtschaftsWoche“ („Zombie-Unternehmen: ‚Es gibt mehr Zombies, als viele glauben‘“, 28. September 2020). Der Anteil an Unternehmen, die „Zombies“ sind, soll bei 17 Prozent liegen, was in der BRD etwa 300.000 Betriebe wären.

Was eigentlich gemeint ist

Bereits 1848 beschrieben Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die Situation, in der wir uns heute befinden; die einer Wirtschaftskrise – die in ihrem Kern eine Überproduktionskrise ist:

„Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere

Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“

Was bedeutet „Vernichtung einer Masse von Produktivkräften“? Massenentlassungen, das heißt in der Folge Massenarbeitslosigkeit. Denn die wichtigste Produktivkraft, die es gibt, ist der Mensch – ohne Menschen keine Produktion. Und das ist, wovon dieses Gerede von „Zombies“ und von „Zombifizierung der Wirtschaft“ eigentlich handelt. Denn die „Zombies“ sind laut der Profitlogik nicht lohnend, darum müssten sie „zur Hölle geschickt“ werden, also pleite gehen. Allein in Europa sind davon laut Schätzungen rund neun Millionen Arbeitsplätze unmittelbar betroffen.

Hinzu kommt die Überschuldung von weltbekannten Monopolunternehmen wie Exxon Mobile, Boeing, Delta Airlines uvm., denen die aktuelle Wirtschaftskrise herbe auf die Zahlen geschlagen hat. Besonders die großen Flugzeughersteller und Flugunternehmen verbuchten milliardenschwere Verluste und können nur durch staatliche Subventionen überleben (die Lufthansa und TUI sind häufig auftauchende Beispiele in den Medien). Die Folgen sind wieder Massenentlassungen, d.h. Produktivkraftvernichtung. Allein Boeing hat zuletzt mehr als 30.000 Entlassungen angekündigt, viele andere große Unternehmen kündigten ebenfalls seit Beginn der Krise bereits viele Entlassungen an.

Doch das das Problem hört nicht mit den „Zombies“ auf, denn: „Die damit verbundenen Kollateralschäden bei mittelbar betroffenen Lieferanten, Immobilienbesitzern, Banken und anderen Gläubigern könnten nicht nur zu einer erneuten Rezession führen, sondern auch das Finanzsystem destabilisieren.“ (dasinvestment.com, „Der Preis des Lockdowns“, 12.11.2020) Das heißt es, wenn Unternehmen pleite gehen, hängen, besonders bei großen Monopolunternehmen, noch viele weitere Firmen hinten dran, die Aufträge verlieren und dann auch pleite gehen oder ihr Geschäft verkleinern müssen, also auch Beschäftigte entlassen müssen. Diese Sache wird vermutlich erst nächstes Jahr richtig losgehen, und damit die Folgen der Krise für große Teile der Arbeiterklasse erst richtig zu spüren sein (auch wenn schon jetzt viele unter Kurzarbeit und

Entlassungen leiden). Einerseits, weil spätestens im nächsten Jahr ein Großteil der „Corona-Hilfen“ eingestellt werden, wie die Bundesregierung nun hat durchblicken lassen, und zugleich die Insolvenzantragspflicht wieder greifen wird. Der o.g. Insolvenzberater drückt das so aus:

„Da werden wir dann eine drastische Zunahme der Insolvenzzahlen haben. Das wird nicht auf einen Schlag kommen, die Welle steigt langsam an. Ich glaube aber, es wird heftig. Zumal es derzeit nicht so aussieht, als könnten wir nächstes Jahr wieder zur Normalität zurückkehren.“ und „Die wirklichen Auswirkungen sehen wir noch gar nicht. Wir sehen momentan nur die Spitze des Eisbergs. Derzeit ist alles eingefroren. Den echten Schaden, und ich glaube, es ist ein massiver Schaden, sehen wir frühestens im nächsten Jahr.“

Das heißt der Höhepunkt der Krise ist noch gar nicht erreicht. Und worüber sie reden sind „Zombies“, aber was sie eigentlich meinen sind unsere Jobs.

Während die bürgerlichen Ökonomen fordern, dass nur „produktive Unternehmen“ staatliche Förderungen erhalten sollen, ist aber klar, dass das Problem nicht darin liegt, dass „unproduktive Unternehmen“ künstlich am Leben erhalten werden, sondern das gesamte Wirtschaftssystem auf der Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit der Menschen auf der Welt basiert und es nicht darum geht, ein paar „schwarze Schafe“ zu schlachten.

Denn Wirtschaftskrisen sind Bestandteil des Systems und wiederholen sich alle paar Jahre (z.B. wie die Krise von 2008, die nur wenige vergessen haben werden). Sie basieren auf Überproduktion, die nicht abgesetzt werden kann bzw. unter dem eigentlichen Selbstkostenpreis verkauft werden muss (wie im Beispiel des Bäckers oben). Es wird auch deutlich, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht erst durch die Corona-Pandemie entstanden ist, sondern sowieso gekommen wäre und jetzt durch die Handhabung der Regierungen auf der Welt weiter verstärkt wurde. In der BRD sind das die ganzen „Corona-Hilfen“ (Kurzarbeitsgeld bis Ende 2021, Aussetzung der Insolvenzantragspflicht usw.) und der Ausnahmezustand, durch die die Krisenlasten am Ende auf uns, das Volk, abgewälzt werden. Die Krise wäre gekommen, denn das System – der Imperialismus – ist unheilbar krank. Mit den „Corona-Hilfen“ hat sich die deutsche Bourgeoisie Zeit erkaufte, damit der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen nicht sofort kommt, doch der Preis dafür war hoch, denn das wird die Auswirkungen der Krise um ein Vielfaches verstärken.

Darum ist es wohl auch kein Zufall, dass der deutsche Staat in den letzten Monaten konsequent – mit der Rechtfertigung der Pandemie für alles – seine Sicherheitsbehörden hochgerüstet und vergrößert, Gesetze verschärft hat und mit jeder neuen Welle der Pandemie noch mehr Maßnahmen umsetzt, von denen viele wahrscheinlich gar nicht mehr (von selber) verschwinden werden. Denn wenn die Massenarbeitslosigkeit kommt, werden auch die Kämpfe unserer Klasse zunehmen, darauf bereitet sich die deutsche Bourgeoisie vor, dafür braucht sie den Polizeistaat, den sie in den letzten Monaten mehr und mehr durchgesetzt hat.

Auch 2021 wird heiß. Die Bourgeoisie bereitet sich darauf vor. Tun wir dasselbe. •



AUSGANGSSPERRE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Bereits am 4. Dezember hatte die baden-württembergische Landesregierung nächtliche Ausgangsbeschränkungen von 21 bis 5 Uhr für sogenannte Corona-Hotspots beschlossen. In dieser Zeit sollte das Verlassen der Wohnung nur noch unter Angabe eines „triftigen Grundes“ möglich sein. Diese schwammige Formulierung schließt unter anderem die Ausübung beruflicher Tätigkeiten und medizinische Notfälle mit ein. Diese Maßnahme erntete heftige Kritik, da sie offensichtlich völlig untauglich ist, tatsächlich Neuinfektionen zu verhindern. Kaum jemand steckt sich bei einem abendlichen Spaziergang oder einem abendlichen Treffen in kleiner Runde an.

Nun hat sich die grün-schwarze Regierung allerdings dazu entschlossen, diese Maßnahmen nicht nur in diesen Hotspots einzuführen, sondern sie über ganz Baden-Württemberg zu verhängen. Gleichzeitig wird die Dauer der Ausgangssperre auf den ganzen Tag verlängert. Seit dem 12. Dezember darf man das Haus also nur noch mit einem „triftigen Grund“ verlassen. Gemeint ist damit natürlich nach wie vor der Weg zur Arbeit oder auch Einkaufen. Die nächtliche Ausgangssperre wurde sogar noch weiter verschärft. So sind Besuche von Freunden oder Verwandten ab 20 Uhr vollkommen untersagt. Viren sind ja schließlich ab 20 Uhr besonders tödlich, muss man wissen.

Die neuen Maßnahmen sind nicht, was wir brauchen. Sie richten sich gegen die Massen und schließen ausschließlich unser Privatleben ein. Damit reißen sie sich nahtlos ein in die bisherige Politik, die in der BRD verfolgt wird. So wurden beispielsweise keine ernstzunehmenden Anstrengungen unternommen, um den gravierenden Personalmangel in der Pflege in den Griff zu kriegen, was jetzt natürlich dazu führt, dass die Krankenhäuser mit den zunehmenden Infektionszahlen wieder maßlos überfordert sind und positiv getestete Pfleger zur Arbeit kommen müssen. Statt

sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, will man uns jetzt wieder einsperren und uns dabei auch noch erzählen, wir wären für die Ausbreitung des Virus verantwortlich. Große Unternehmen werden mit mehreren Milliardenpaketen vom Staat subventioniert, während Kleinunternehmer, wie z.B. Imbissbuden, nach wie vor auf die staatlichen Hilfen aus der ersten „Corona-Welle“ im Frühjahr warten und das Geld der sogenannten „November-Hilfen“ im Dezember dann anscheinend wohl auch endlich zur Verfügung steht, um irgendwann mal ausgezahlt zu werden.

Wer sich jeden Morgen in eine überfüllte Straßenbahn zwängen muss, um zur Arbeit zu kommen und dann dort dicht an dicht mit seinen Kollegen steht, darf nach der Arbeit mit eben diesen Kollegen kein Feierabendbier mehr trinken. Und wer, nachdem er sich 8 Stunden in schlecht belüfteten Räumen aufgehalten hat, noch einen kurzen Spaziergang machen will, kann nach 20 Uhr mit einem Bußgeld rechnen.

Wenn wir zu Hause bleiben sollen, warum müssen wir dann arbeiten, auch wenn wir keinen „systemrelevanten“ Beruf haben? Warum können wir nicht bei vollem Lohnausgleich zu Hause bleiben? Weil dieser Staat nicht uns dient, weil es ihm nicht in erster Linie darum geht, die Pandemie einzudämmen, sondern darum, das imperialistische System, das in einer tiefen Krise steckt, zu bewahren und die Profiteure der Ausbeuter zu schützen. •



MEXIKO: „BRENNT ALLES NIEDER“

Das Jahr 2020 geht vorbei. Ein Jahr, das gezeigt hat, wie sich die Widersprüche verschärfen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, massive Verschärfung der Repression in Namen des Infektionsschutzgesetzes. Dieses Jahr war aufwühlend, war ein Jahr voll Kampf. Und für viele Frauen auf der ganzen Welt war es das Jahr, in dem sie mehr patriarchaler Gewalt ausgesetzt waren. Tausende von Frauen wurden dieses Jahr ermordet, noch mehr als sonst – befeuert durch die zahlreichen Ausgangssperren und den Ausnahmezustand. Deswegen war der diesjährige 25. November, der Tag gegen Gewalt an Frauen, auch so ein wichtiger Tag. Und was konnten wir sehen? Zigtausende von Frauen nahmen sich wütend die Straße. Besonders in den unterdrückten Ländern gab es auch schon in den vergangenen Monaten immer wieder Kämpfe von Frauen, die die Gewalt gegen sie nicht mehr stillschweigend ertragen konnten und sich entschlossen, zu handeln.

Besonders in Lateinamerika ist die Situation gerade am kochen. Trotz Corona-Pandemie und teilweise Ausgangssperren ließen es sich die Frauen dort nicht nehmen, auf die Straße zu gehen. Eine Demonstrantin in Mexiko sagte: „*Es ist mir nicht so wichtig, ob ich mich anstecke, wie es mich aufregt, dass wir täglich ermordet werden*“. In Mexiko werden jeden Tag etwa 11 Frauen ermordet, Grund genug, dass im ganzen Land verteilt Proteste stattfanden

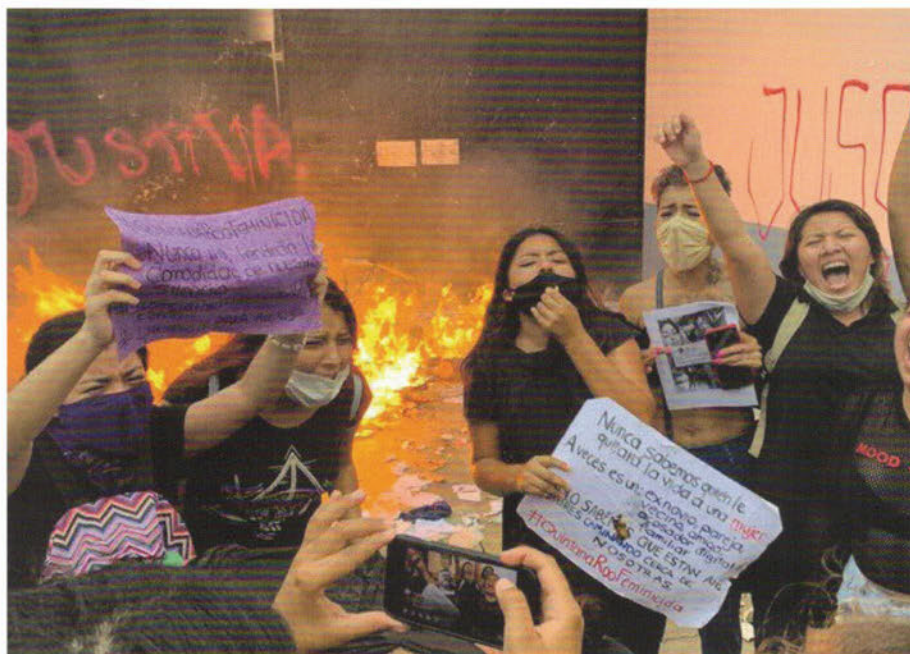
– schließlich wird das Problem der häuslichen Gewalt und der Frauenmorde von der Regierung schlichtweg ignoriert.

In Guatemala, wo gerade Proteste gegen die Regierung sind, wurden diese mit den Forderungen der Frauen verbunden. In Guatemala, wo bis Anfang November 4105 Schwangerschaften bei zehn- bis 14-jährigen Mädchen festgestellt wurden, glauben immer weniger Frauen daran, dass das Problem von den bürgerlichen Politikern ernst genommen wird. Das Ansteigen der Gewalt im Zuge der Ausgangssperren sowie das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Abtreibung waren nur wenige der vielen weiteren Gründe, warum die Frauen demonstrierten.

Was jedoch immer wieder ins Auge sticht, sind die Proteste in Mexiko, die es sogar in die bürgerlichen Nachrichten hier in der BRD schafften. Aber die Proteste und Kämpfe dort sind schon länger am Laufen.

Im September wurde zum Beispiel die Nationale Menschenrechtskommission in Mexiko-Stadt von den Familien der ermordeten und verschwunden gelassen Frauen sowie von Feministinnen besetzt. Sie fordern die Aufklärung und das Ende der patriarchalen Gewalt sowie ein Ende der Straflosigkeit für die Täter. In den vergangenen

Monaten wurde die Besetzung zu einem Zufluchtsort für betroffene Frauen und Familien umgewandelt. Angebote und sogar Drohungen der Räumung von der Regierung stießen bei den Frauen und Familien auf Ablehnung, und so hielten sie weiter an ihrer Besetzung und den Forderungen fest. Und so sieht es auch auf den Straßen Mexikos aus, von Verhandlungsabsichten seitens der protestierenden Frauen ist hier keine Spur. Zuletzt wurde neues Öl ins Feuer der Proteste gegossen, als Anfang November eine junge Frau, Alexis, in Canun verschwand und man ihre Leiche Tage später



am 9. November fand. Es war auch der Tag, an dem ihre Mutter dazu aufrief, eine Demonstration zu veranstalten. Was als ein friedlicher Marsch begann, um Gerechtigkeit für ihre Tochter zu fordern, entwickelte sich jedoch zu einem kämpferischen Marsch. Im Verlauf der Demonstration änderte die Mutter ihre Meinung und rief der Menge zu: „*Brennt alles nieder; Alexis hätte das für euch getan!*“. Diesem Aufruf folgten einige der Demonstrantinnen und begannen die Fenster der lokalen Staatsanwaltschaft zu zerstören und das Gebäude mit Graffiti zu besprühen. Das gleiche hatten sie mit dem Rathaus vor. Als sie sich jedoch dem Rathaus näherten, eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstrantinnen. Zwei Journalisten wurden von den Kugeln verletzt. Kurz nachdem die Schüsse fielen, erschien dann auch die Nationalgarde, um das Rathaus zu sichern.

Seitdem gehen immer wieder vor allem Frauen in ganz Mexiko auf die Straße. Die Gewalt der Polizei schüchtert die Frauen nicht mehr ein, auch wenn sie sich nicht mehr davor scheut, scharfe Waffen gegen die Frauen zu benutzen. So fanden sich Mitte November erneut zahlreiche Frauen zusammen, um gegen die Frauenmorde und die Polizeigewalt zu protestieren. Dieses Mal ging die Demonstration zum Büro des Justizministers in Mexiko-Stadt. Obwohl sich die etwa 30 Frauen rund 320 Polizisten gegenüber sahen, hielt dies sie nicht davon ab, die Türen und Fenster des Gebäudes aufzubrechen, in das Gebäude einzudringen und mit dem Material aus dem Büro Barrikaden zu errichten. All das, während sie die Tatenlosigkeit des alten mexikanischen Staates bei Frauenmorden denunzierten. Als sich die Frauen zurückziehen wollten, griff die Polizei sie erneut an, diesmal mit Tränengas und physischer Gewalt. Aber demoralisierte die Frauen das? Nein, es stachelte sie nur noch mehr an und so randalierten sie in der Bahnstation, über die sie sich eigentlich zurückziehen wollten.

Warum kämpfen die Frauen weiter? Ja, weil sie sterben. Als Frau in Mexiko nicht Angst um sein Leben zu haben, ist den Frauen der oberen Klassen vorenthalten. Wenn man jedoch eine einfache Frau ist, die auch z.B. nachts alleine unterwegs sein muss, wird die Lebensgefahr ganz real. Aber auch der verbreitete Machismo, nicht nur in Mexiko,

sondern in ganz Lateinamerika, führt dazu, dass patriarchale Gewalt diese Ausmaße annimmt. Dazu kommt wie auch in anderen Ländern der von der Bourgeoisie verhängte Ausnahmezustand dazu, der die patriarchale Gewalt nur noch verstärkt. Die Sorge der Frauen, dass sie sich vielleicht auf einer Demonstration mit Corona anstecken könnten, ist für viele nicht die dominierende Frage. Der Kampf geht schon um Leben oder Tod, da ist das Virus wahrlich nur ein kleinerer Gefahrenfaktor. Das unterscheidet die Proteste in den unterdrückten Ländern von denen in den imperialistischen, z.B. in der BRD. Zwar wird auch hier jeden dritten Tag eine Frau von ihrem (Ex-)Partner ermordet, im Vergleich zu den Frauenmord-Raten in z.B. Lateinamerika ist das aber trotzdem für viele Frauen, die hier protestiert haben, weit weg. Aber wir sollten im Kopf haben, dass es jede von uns treffen kann, besonders die Frauen der Arbeiterklasse, die Frauen, die ökonomisch an ihren gewalttätigen Mann gefesselt sind. Das sollte genügend Grund sein, an jedem Tag und besonders am 25. November, kämpferisch gegen das Patriarchat zu sein. Sich von dem Ausnahmezustand einschränken zu lassen, der dafür sorgt, dass mehr Frauen leiden und sterben müssen, ist eine Absurdität. Stattdessen sollten wir gegen den Ausnahmezustand sein und ihn bekämpfen, genauso die patriarchale Gewalt, die er befeuert. Aber es wäre zu einfach, wenn es nur diese beiden zu bekämpfen gelte. Sie sind lediglich Ausdrücke, die im Imperialismus zum Vorschein kommen. Denn der Ausnahmezustand dient dazu, den Imperialismus mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung von Milliarden von Menschen zu schützen. Die patriarchale Gewalt wird geduldet und sogar gefördert, damit wir Frauen weiter unterdrückt bleiben, sie ist Ausdruck des Patriarchats, das dazu dient, uns Frauen in Ketten zu halten. Wie soll uns das gelingen? Jede für sich wird es nicht schaffen. Stattdessen gilt es, eine Organisation aufzubauen, die die alte Welt beseitigt und eine neue Welt aufbaut. Die einzige Organisation, die dieses Ziel alleinig hat, um den Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung voranzutreiben und umzusetzen, war und ist die Kommunistische Partei. Und auch wir Frauen, besonders die der tiefsten und breitesten Massen, müssen bei dieser Aufgabe kräftig mit anpacken, denn nur wir selbst können uns zusammen mit allen Unterdrückten aus dem Elend befreien. •

EINHEITSKOMMISSION MARKE BRD

Die Kommission der Bundesregierung „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hat vor Kurzem ihren Abschlussbericht publiziert, in dem sie ihre Kampagne auswerten und Vorschläge machen will, wie die „deutsche Einheit“, also die Annexion der DDR noch weiter auszuschlachten ist. Außerdem versuchen sie vor allem, die vermeintliche deutsche Identität zu fördern. Diese Kommission, die in Berlin ansässig ist, besteht aus 22 Ministern, geführt vom langjährigen ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck.

Sie beschwerten sich neben dem angeblich fehlenden Deutschtum und Patriotismus auch darüber, dass die Bevölkerung der ehemaligen DDR, welche sie konsequent „Neue Länder“ nennen, insbesondere die Älteren, das Gefühl habe, ihre wirtschaftliche Situation sei abhängig vom Westen Deutschlands. Dies sei ja nicht mehr der Fall und das BIP ginge ja auch in Ostdeutschland nach oben. Über die real weiter existenten Probleme, wie den niedrigeren Mindestlohn, fehlende Infrastruktur und weiteres haben sie nur einige Statistiken zu erwähnen, aber feiern sich immer wieder über die angeblichen Erfolge, die sie errungen haben. Selbst die Handhabung der Annexion versuchen sie zu rechtfertigen, inklusive der Treuhand, die inzwischen selbst bürgerliche Medien erkannt haben als Mittel der Herunterwirtschaftung. Alles im Interesse der Bekämpfung der Konkurrenz des damaligen westdeutschen Kapitals und der Möglichkeit der billigen Übernahme. Die verbleibenden wirtschaftlichen Unterschiede sehen sie als gelöst im allgemeinen Plan der BRD.

Was der Bericht zwischenzeitlich unfreiwillig aber auch liefert, sind einige anschauliche Statistiken, die unter anderem eben viele dieser Probleme in Ostdeutschland anschaulich machen: höhere Arbeitslosenquoten, das Wegziehen junger Leute aus vielen Gegenden mangels Aussicht auf Jobs, niedrigerer Mindestlohn, weniger Besitz und Erbe und so weiter. Selbst ihre Umfragen liefern zwischendurch Ergebnisse wie, dass nur 34% „eine positive Meinung über das deutsche Wirtschaftssystem hatten“. Aber naja, das ist ja immerhin ein Drittel der Gruppe, die sich das

bürgerliche Forschungsteam ausgesucht hat, so schlimm kann es ja nicht sein.

Einzig über die Darstellung Ostdeutschlands in den Medien beschwerten sie sich. Die Tatortfolgen in Ostdeutschland seien immer düsterer als die aus dem Westen und im Vorsitz der Öffentlich-Rechtlichen würden ein paar mehr Quotenostdeutsche fehlen. Wenn einen die tatsächlichen Probleme des Volkes nicht interessieren, muss man sich eben andere überlegen und anprangern. Auch sehen sie das existente Problem des Anwachsens der faschistischen Bewegung und Durchsetzung der faschistischen Tendenz vor allem als Problem der Darstellung in den Medien. Aber sie eint ja auch einiges mit den Faschisten. Ihre Vorliebe für das Verbreiten der Deutschlandfahne überall im öffentlichen Raum beispielsweise, oder die Betonung der Erzählung der Einheit der deutschen Bevölkerung ungeachtet von Klassenunterschieden. Die lokalen Faschisten sind nur ein bisschen zu offen mit ihrer Verachtung gegen die bürgerlichen Freiheiten, um sie in dem Bericht direkt hochzuhalten. Dass das Grundgesetz die BRD selbst eher wenig interessiert, wenn es gerade unpraktisch ist, sehen wir nicht zuletzt in der Normalisierung des Ausnahmezustands. Der Bericht beruft sich heuchlerisch zwar auch auf das Grundgesetz, um beispielsweise die Fahne der BRD abzufeiern und fordert, gegen die vorzugehen, die „die Fahne missbrauchen“, aber will das tun, indem diese noch mehr vom Staat verbreitet werden soll. Auch, indem sie die Rufe „Wir sind das Volk!“, inzwischen am liebsten gehört auf Demonstrationen mit Teilnahme offener Faschisten, loben als „demokratisch-freiheitliche Motto“, wollen sie das erreichen.

Wenn sie also sagen, dass die: „Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold [...] zurück in das Alltagsleben der Deutschen geholt werden [müssen].“, machen sie auch Vorschläge, um das zu erreichen, beispielsweise:

„Die Sichtbarkeit der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold soll deshalb generell in der breiten Öffentlichkeit erhöht werden – zusammen mit der Europaflagge. Dazu können beispielsweise folgende Elemente beitragen:

- Wer am 3. Oktober erkennbar die Nationalfarben trägt, soll kostenlos (oder zumindest zu stark reduziertem Tarif) öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.
- Alle öffentlichen Einrichtungen sollen in Deutschland zwischen dem 3. und dem 9. Oktober die Nationalfarben tragen.
- Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen 9/10 sowie 12/13 sollen Exemplare des Grundgesetzes sowie die Nationalflagge erhalten.“

Sie meinen also, die staatliche Propaganda sei nicht aggressiv genug. Sie wollen auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Mythos der BRD als rettender Freiheitskämpfer weitergetrieben wird. Sie sehen auch ein paar dunkle Flecken in Deutschlands Vergangenheit, wobei sie ganz nebenbei die DDR mit dem Hitlerfaschismus und Angriffskriegen auf eine Stufe stellen: „Den Ausgangspunkt für jede Erinnerungskultur einer Nation bildet die Frage: ‚Was dürfen wir nicht vergessen?‘. In Deutschland zählen hierzu ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Autoritarismus, NS-Diktatur, kommunistische Diktatur, Rassismus, Angriffskrieg und Völkermord“. Aber das ist dann auch genug der Nazibewältigung, schließlich sei Deutschlands Geschichte angeblich „aber auch der beharrliche Kampf für Aufklärung, Emanzipation, Humanismus, demokratische Freiheitsrechte sowie der Widerstand gegen Diktaturen und staatliche Unterdrückung.“ Wann dies seit Gründung der BRD

der Fall gewesen sein soll, darüber klären sie uns leider nicht auf.

Wie es aussieht, wenn sich dann doch mal jemand tatsächlich mit der Geschichte befassen will und dann zu dem Schluss kommt, dass beispielsweise die Treuhand nicht den Interessen des Volkes nach gehandelt hat, wie der Bericht behauptet, ist auch klar. Beispielsweise sollte letztes Jahr zum 3. Oktober eine Ausstellung einiger Historiker auf dem Alexanderplatz zu diesem Thema und weiteren stattfinden und wurde für diesen Zeitraum schlichtweg nicht genehmigt. Naja, am 3.10. hat man in Berlin ja auch gefälligst nicht zu denken, sondern gehorsam die BRD-Fahne schwingend an den „Einheitsfeierlichkeiten“ teilzuhaben und sich zu freuen, dass dieser deutsche Staat den anderen annektieren konnte.

Der Bericht ist alles in allem ein passender Punkt in der Entwicklung des Chauvinismus in der BRD und schönes Sinnbild für die Selbstbeweihräucherungen des deutschen Imperialismus. Er ist an manchen Stellen sogar so plump, dass selbst bürgerliche Medien das bemerkt haben. Ihre Antwort ist natürlich, an der Kompetenz derjenigen zu zweifeln, die diese abscheulichen heuchlerischen Haltungen so stolz und offen tragen, wie diese Kommission. •



Kreative Verwendungsmöglichkeiten für die neu ausgeteilten Deutschlandfahnen?

HOTSPOT TENEVER ?!

Mit dem „zweiten Lockdown“, der erneuten Verschärfung des Ausnahmezustands in der BRD, hat Bremen die Gebiete, in denen die Maskenpflicht gilt, deutlich ausgeweitet – betroffen sind ausschließlich Arbeiterviertel. Seit dem 19. November müssen neben den seit länger schon bestehenden Zonen in der Stadtmitte nun auch an zentralen Plätzen in Tenever, Gröpelingen, Hemelingen, der Vahr und Huchting Mund und Nase bedeckt werden. Die Scheinheiligkeit dieser Maßnahme zeigt sich besonders, wenn man sich anschaut, was beispielsweise in Tenever seit Beginn der wirtschaftlichen Krise und dem Ausbruch der Pandemie passiert ist.

Bremen-Tenever ist der Ortsteil mit der höchsten Infektionsrate der Stadt. Viermal mehr Menschen infizieren sich hier mit dem Corona-Virus als in reichen Stadtteilen wie Horn, Oberneuland oder Schwachhausen. Eine Situation allerdings, die in der Hauptsache durch die Handhabung der Pandemie in Tenever durch die Bremer Landesregierung entstanden ist. Tenever ist eins der ärmsten Viertel der Stadt, in dem die Menschen mit Abstand am meisten konzentriert auf wenige Punkte leben. Ein großer Block reiht sich hier an den nächsten, mehrere hundert Menschen teilen sich z.T. ein und denselben Fahrstuhl. Die Straßenbahnen und Busse, die durch das Viertel verkehren, sind vor allem zu den Arbeits- und Feierabendzeiten brechend voll. Für ein Virus perfekte Grundbedingungen, um sich auszubreiten. Trotzdem fiel die Wahl auf Tenever, als es darum ging, Flüchtlinge, die unter Verdacht standen, sich mit dem Corona-Virus infiziert zu haben, unterzubringen. Aus allen Flüchtlingsunterkünften der Stadt wurden Geflüchtete mit Verdacht auf eine COVID-19-Infektion *alle zusammen* (was nebenbei bedeutet, dass den Nicht-Infizierten, bei denen der Verdacht sich nicht bestätigt, eine Ansteckung mit dem Virus quasi garantiert wird) in ein Obdachlosenheim in der Neuwieder Straße – übereinander gestapelte Container – mitten in Tenever zusammengepfertcht und in Quarantäne gezwungen. Als Kritik aus dem Ortsamt des Stadtteils schallte, antwortete die Landesregierung damit, einen privaten Sicherheitsdienst einzustellen, der damit beauftragt wurde, zu kontrollieren, dass keiner die Container

verlässt. So entstand mitten in Tenever ein Stützpunkt der „Hilfsbullen“.

Im Sommer kam die nächste Sache dazu: Nachdem ein Hochhaus in der Neuwieder Straße gebrannt hatte, war die Gasversorgung des Blocks so beschädigt, dass keine Wohnung mehr über warmes Wasser verfügte. Über 300 Bewohner hatten kein warmes Wasser mehr, den Eigentümer (ZBI Gruppe) interessierte das überhaupt nicht. Nach einer Zeit stellte er vor dem Haus einen Duschcontainer auf – mit insgesamt drei Duschen. Über 300 Menschen sollten sich drei Duschen teilen. Was sowieso schon total absurd ist, wird in Zeiten einer Pandemie, in der der Staat angeblich alles dafür tut, Infektionsketten zu verhindern, noch viel absurder. Einen Monat nach dem Brand hatten die Bauarbeiten am Hochhaus noch nicht einmal begonnen. Erst nachdem die bürgerliche Presse darauf aufmerksam machte und auch über die Lokalmedien hinaus über die Situation berichtet worden war, begann die Landesregierung sich darum zu kümmern, dass der Eigentümer des Blocks die Gasleitung repariert. Mittlerweile gibt es wieder warmes Wasser in dem Haus, doch insgesamt vergingen mehr als zweieinhalb Monate, in denen sich die Bewohner mit Wasser aus Wasserkochern die Haare waschen mussten.

Diese beiden Fälle sind bezeichnend für die Art und Weise, wie die Herrschenden die Pandemie handhaben. Einerseits beschleunigen absurde Maßnahmen die Ausbreitung des Virus. Natürlich halten sich in Tenever auch weniger Leute an die Maskenpflicht als in bürgerlichen Vierteln – zurecht, denn hier haben die Menschen mit am wenigsten Vertrauen in den bürgerlichen Staat und erkennen am meisten den Klassencharakter der Maskenpflicht – aber das ist nicht das Entscheidende, so groß ist der Unterschied nicht. Die bürgerliche Presse und die Landesregierung machen trotzdem Jugendliche und Ausländer (Treffen ohne Abstand, Feste von Großfamilien ohne Maske) für die Infektionsrate und somit auch die Folgen der Verbrechen, die die Herrschenden dieses Jahr in Tenever schon begangen haben, mit chauvinistischen Anschuldigungen verantwortlich. Andererseits sind sie in der Lage, das als Vorwand

zu nutzen, die Militarisierung im Stadtteil voranzubringen durch den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten, die Aufgaben der Polizei übernehmen und die zuerst die Flüchtlinge, dann langfristig die Arbeiter im Viertel schikanieren. In die selbe Richtung zielt auch die Erlassung der Maskenpflicht in den Arbeitervierteln: Was nun kommt, sind die Bullen, die die Arbeiterviertel besetzen, um die Maskenpflicht zu kontrollieren. Oder korrekt ausgedrückt: Die die Maskenpflicht kontrollieren, um die Arbeiterviertel besetzen zu können. Das wurde in der Woche, bevor der Beschluss gefällt wurde, schon mal vorsorglich von der Polizei geübt. Einen Tag lang besetzten sie kurzerhand die Haltestelle Schweizer Eck – die zentralste Haltestelle in Tenever – mit zehn Bullen und kontrollierten über Stunden hinweg, dass jeder an der Haltestelle und in der Bahn eine Maske trägt. Zwei Tage später wurde ein Mannschaftswagen mit voller Besetzung auf dem Platz am Schweizer Eck abgestellt. Also wird auch mit einer harmlos erscheinenden Maßnahme wie der Maskenpflicht die Militarisierung der Arbeiterviertel vorangetrieben. Polizei und Ordnungsamt sind nun unerwünschter Dauergast am Schweizer Eck.

Die Beschlüsse zur Erweiterung der Maskenpflicht erforderten eine unmittelbare Reaktion der Revolutionäre. Der Zweck der Maßnahme wurde unter anderem in einem in mehreren Arbeitervierteln verteilten Flugblatt denunziert:

„[...] Deswegen sind unsere Viertel schon seit Monaten voll mit Polizei und Ordnungsamt, aber jetzt mit der Einführung der Maskenpflicht wird sich die Polizeipräsenz nochmal um ein Vielfaches erhöhen. Mit

ihrer Maskenpflicht schaffen sie eine Grundlage, auf der sie ständig willkürliche Kontrollen durchführen können, treiben so die Militarisierung der Arbeiterviertel weiter voran und verkaufen uns das Ganze als Pandemiebekämpfung. [...] Das stellt in der Entwicklung zum Polizeistaat einen Sprung dar, der durch eine scheinbar harmlose Maßnahme wie die Maskenpflicht durchgesetzt wird. Es geht dem bürgerlichen Staat in erster Linie nicht darum, uns zu schützen, sondern unsere Wut und Rebellion zu unterdrücken. Statt Gesundheitsschutz wird uns nur noch mehr Schikane erwarten.“

Zwei Tage später bestätigten sich diese Worte, als die Kontrollen begannen: Es ging gar nicht mehr nur um die Maskenpflicht an sich, sondern um allgemeine Kontrollen aller möglicher Personen unter Berufung auf die Überprüfung der Quarantänepflicht von Betroffenen. So ziemlich jeder Jugendliche, der über den Platz am Schweizer Eck läuft, wird von einem Haufen Bullen kontrolliert und aufgefordert, sich auszuweisen; völlig unabhängig davon, ob man eine Maske trägt oder nicht.

Die Herrschenden benutzen die Corona-Pandemie und die hohen Infektionszahlen, die sie selbst zu verantworten haben, um mehr Bullen in den Arbeitervierteln zu rechtfertigen. Jetzt sorgen sie vor für die Zeit, in denen die ökonomische Krise erst richtig zuschlägt und die Massenrebellionen aufflammen werden, um die Kämpfe der Massen dann brutal zu ersticken. Je schneller und mehr wir die Militarisierung und Entwicklung zum Polizeistaat im Rahmen des Ausnahmezustands denunzieren, desto mehr Perspektive haben die kommenden Massenkämpfe. •



Personenkontrolle in der Nähe des Schweizer Ecks, trotz offensichtlich angelegter Maske

BISMARCK UND SEIN DENKMAL

Aktuell wird in Hamburg das Bismarckdenkmal restauriert. Daran entbrannte ein Streit darüber, ob man denn noch so ein militaristisches und heroisches Denkmal für einen Politiker wie Bismarck haben wolle. In dieser Debatte werden zwei Dinge verhandelt: Einerseits die Bewertung der historischen Figur Bismarck, andererseits das aktuelle Selbstverständnis deutscher Chauvinisten.

Wer war Bismarck?

In einer Zeit, in der die deutsche Bourgeoisie das Proletariat schon mehr fürchtete, als sie den Adel hasste, als sie begann, nicht mehr Freiheit, sondern Herrschaft zu wollen, war Bismarck der Mann, der das Bündnis aus deutschem Militäradel und Bourgeoisie schmiedete. Mit diesem Bündnis gründete er Deutschland durch Kriege und zerstörte die Hoffnungen auf ein demokratisches Deutschland. Er verstand, dass es die Gewalt ist, die Klasseninteressen, also auch die seiner Klasse, durchsetzt. Selbst formulierte er es so:

„Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“

Hochgehalten wird an ihm, dass er sich gegen die Kolonialinteressen der deutschen Bourgeoisie gewehrt habe. Oft wird dafür folgendes Zitat angeführt:

„Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt hier in Europa. Hier liegt Russland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“

Dieses Zitat ist aber in keinsten Weise irgendeine Kritik an den Interessen der deutschen Bourgeoisie, sondern schlicht die Behauptung, dass die Priorität die Durchsetzung deutscher Interessen gegen die beiden konkurrierenden Mächte Russland und Frankreich sein müsse. Dies hielt ihn aber nicht davon ab, 1884 die Westafrika-Konferenz in Berlin abzuhalten und mit den anderen Kolonialmächten die Aufteilung Afrikas zu besprechen.

In Bezug auf die europäische Diplomatie Bismarcks wird gerne hervorgehoben, dass alles so friedlich abgelaufen sei unter ihm (wenn man von den ganzen Kriegen für die Reichsgründung absieht). Diese Stilisierung Bismarcks zum Quasi-Pazifisten ist nicht nur lächerlich wegen der Kriege unter seiner Führung, sondern auch wegen der Gründe seiner Bündnispolitik:

„Wenn ich arbeitsfähig wäre, könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Coalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zu einander nach Möglichkeit abgehalten werden.“

Es ging ihm nicht um das hohe Gut des Friedens, sondern er sah in einem Frieden die deutschen Interessen besser bedient als in einem Krieg, in dem das Deutsche Reich hätte verlieren können, was es zuvor durch Krieg gewonnen hatte. Er



Bismarcks wahres Gesicht

wollte eine Situation, in der alle außer Frankreich von Deutschland abhängig sind, und somit zu Zugeständnissen an Deutschland gezwungen sind, und die Widersprüche zwischen den anderen Mächten so zugespitzt werden, dass sie sich nicht gegen Deutschland verschwören können.

Ein Loblied, das gerne auf ihn gesungen wird, ist, dass er den deutschen Sozialstaat geschaffen habe. Aber das war bloß das Zuckerbrot zu seiner Peitsche. Bismarck führte den Sozialstaat als Mittel zur Herstellung eines relativen sozialen Friedens ein, um die Massen zu beruhigen, während er mit den Sozialistengesetzen versuchte, die damalige Vorhut der Arbeiterklasse in Deutschland organisatorisch zu zerschlagen. Der sogenannte Sozialstaat ist ein Mittel der Bourgeoisie im Klassenkampf und keine Arbeiterbeglückungsmaschine. Jeder, der schon mal auf einem Arbeitsamt war, weiß das auch – aber bürgerliche Historiker und Journalisten offenbar nicht.

Ein unwürdiges Gedenken für das beste Deutschland aller Zeiten?

Diejenigen, die Bismarck kritisieren, tun dies gerne in dem Gestus, dass es unzeitgemäß sei, ihm zu huldigen. Bismarck der Arbeiterfeind, Bismarck der Kriegstreiber, Bismarck der Junkerfreund, Bismarck der Kolonialpolitiker, Bismarck der Kaisertreue. Das passt doch gar nicht zu unserem demokratisch-liberalen, sozialmarktwirtschaftlichem Deutschland, oder?

Bismarck war kaisertreu und Junkerfreund. Deutschland, wie es von Bismarck mit Eisen und Blut geschmiedet wurde, schuf die soziale Grundlage für den deutschen Nationalcharakter, das heißt für preußischen Untertanengeist und Beamtentum. Eine Nation, für die das Militär die Schule der Nation war, in der die Beamten und Vorarbeiter in den Fabriken meist ehemalige Offiziere waren. Eine Nation, die nicht durch eine demokratische Revolution konstituiert wurde, sondern durch einen Angriffskrieg unter der Führung von Militäradel und Bourgeoisie, die sich miteinander verschworen haben, weil sie das Proletariat mehr fürchteten als sie

einander hassten. Dieser Nationalcharakter hat sich durch zwei Weltkriege, Faschismus, Befreiung, Revisionismus an der Macht, und den Klassenkampf selbstverständlich gewandelt, aber der Kern wurde damals gelegt, und der deutsche Spieß, der nach oben buckelt und nach unten tritt, ist uns erhalten geblieben. Und unsere regierenden Bourgeois sind heute vielleicht nicht mehr kaisertreu, aber reaktionär alle mal. Und im Jobcenter hat sich der preußische Tonfall auch erhalten.

Bismarck war ein Arbeiterfeind. Er hat den Sozialstaat geschaffen und die Sozialistengesetze eingeführt. Und die heutige Bourgeoisie? Sie schikaniert das Volk mit Hartz IV. Sie prügelt linke Demonstrationen nieder. Sie verbietet die Organisationen der revolutionären Bewegung mit dem 129er Paragrafen. Sie terrorisiert die Massen mit der Hexenjagd nach G20 und der willkürlichen Anwendung des Landfriedensbruches, sodass schon das Demonstrieren an sich zur Straftat wird, wie im Rondenbarg-Prozess.

Bismarck war Kolonialpolitiker und hat Kriege geführt, um deutsche Interessen durchzusetzen. Was tut die Bundeswehr in Jugoslawien? Was tut sie in Afghanistan? Was tut sie in Mali? Was tut sie in Syrien? Was tut sie im Irak? Was tut sie im Libanon? Was tut sie am Horn von Afrika? Krieg ist auch heute ein notwendiger Weg für die deutsche Bourgeoisie, um ihre Interessen gegen andere Imperialisten und die Völker der Welt durchzusetzen. Und ganz Europa wird vom deutschen Kapital unterjocht und schwitzt für die Profite deutscher Banken und Konzerne; auch wenn es in den Medien keine große Rolle mehr spielt, sollte man die für deutsche Profite leidenden Massen in Griechenland nicht vergessen.

Wer vom Imperialismus nicht reden will, soll vom Kolonialismus schweigen. Denn ansonsten dient die Kritik an der Vergangenheit nur der Heiligsprechung der aktuellen deutschen Zustände. Und das ist nicht kritisch, das ist chauvinistisch.

Bismarck wird fallen, genauso wie der deutsche Imperialismus. •

„DER JUNGE KARL MARX“ - REZENSION

Wir publizieren an dieser Stelle anlässlich des 200. Jahrestages der Geburt von Friedrich Engels eine Rezension zu dem Film „Der junge Karl Marx“, die uns von einer Leserin zugeschickt wurde.

2018 feierten die Kommunisten auf der ganzen Welt das 200-jährige Jubiläum der Geburt unseres Gründers, Karl Marx. Natürlich hatte die Bourgeoisie zum Geburtstag des ersten großen Vorkämpfers unserer Klasse auch etwas zu sagen, und, da sie den Marxismus nicht widerlegen kann, einen Beitrag zu machen. Teil davon ist der 2017 erschienene Film „Der junge Karl Marx“ – ein Film mit offensichtlichen Begrenzungen, der allerdings an einigen Stellen einen guten grundlegenden Einblick gibt in das frühe Werk von Marx und Engels.

Die Handlung setzt im Jahre 1843 ein, als die Redaktion der Rheinischen Zeitung um Marx in Köln verhaftet wird. Marx migriert in der Folge nach Paris, wo er u.a. mit den zusammen mit Arnold Ruge herausgebrachten Deutsch-Französischen Jahrbüchern seine ideologische Arbeit intensiviert. Dort lernt er auch die französische sozialistische Bewegung und ihren damaligen Führer, Proudhon, kennen. Zugleich wird Engels gezeigt, wie er in England mit seinem bürgerlichen Klassenstandpunkt bricht und sich zu den in den engen Gassen Manchesters lebenden (im Film in der Manufaktur seines Vaters tätigen) Proletariern begibt, um sich mit ihnen zu verbinden. Als er nach Paris reist, lernen Marx und er sich kennen und beginnen die gemeinsame Arbeit. Hervorgehoben wird dabei, wie Engels Marx die Erkenntnisse der englischen Ökonomen nahelegt, Grundlagen für die Entwicklung der marxistischen politischen Ökonomie aus dem industriell fortgeschrittenstem Land, aus dem Marx – im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich – noch keine Erfahrungen hatte sammeln können. **„Marx und Engels nehmen das Beste das die Menschheit produziert hat: die klassische deutsche Philosophie, die englische politische Ökonomie und den französischen Sozialismus, um die Ideologie des Proletariats zu begründen.“** (Kommunistische Partei Perus).

In der Folge wird die Arbeit von Marx und Engels in Frankreich, Brüssel und London geschildert bis zur Übernahme des von Wilhelm Weitling geführten „Bund der Gerechten“, dessen Umbenennung in

„Bund der Kommunisten“ und der Schaffung seines Programms, dem *Manifest der Kommunistischen Partei*.

„Der junge Karl Marx“ stellt die frühen Jahre von Marx und Engels relativ lebendig dar und überzeugt vor allem in der Darstellung der ideologischen Auseinandersetzungen der beiden mit den unterschiedlichen Vertretern opportunistischer Standpunkte in der sozialistischen Bewegung. Proudhon, der den Anarchismus vertritt, wird schon in der ersten Szene, in der er auftaucht, von Marx auseinandergenommen, indem dieser die Sinnhaftigkeit seiner oberflächlichen Losung „Eigentum ist Diebstahl“ vom materialistischen Standpunkt aus widerlegt. Auch danach wird die Kritik an Proudhon gezeigt, und, dass er 1847 mit Marx' Werk „Elend der Philosophie“ als Antwort auf das Werk „Philosophie des Elends“ auf ideologischem Gebiet erledigt wird. Genauso sieht man den erfolgreichen Kampf gegen die Ideen von Wilhelm Weitling, der die Notwendigkeit der revolutionären Theorie für den Kommunismus negiert und somit auch den Arbeitern die Fähigkeit abspricht, sich auf Grundlage einer Ideologie zu organisieren. Weitling sieht sich erst gezwungen, die Sitzung des Brüsseler Kommunistischen Korrespondenz-Komitees zu verlassen, und wird später im „Bund der Kommunisten“ mit seiner liberalen Fraktion isoliert. Das alles wird im Film recht ausführlich präsentiert. Ob die bürgerlichen Redakteure in der Redaktion der Rheinischen Zeitung, Proudhon, den theatralischen Anarchist Bakunin oder den übereuphorische Weitling – der Film parodiert die Haltung dieser Charaktere über die ganze Dauer gewollt, sodass der Anlass für den Zuschauer erst gar nicht gegeben wird, für sie Partei zu ergreifen. Des weiteren wird trotz immer wieder vorkommender kleinerer historischer Fehler und Verdrehungen der allgemeine Ablauf des Kampfes von Marx und Engels zwischen 1843 und 1848 recht übersichtlich beschrieben.

Die Mängel des Films bestehen in erster Linie darin, dass es eben ein bürgerlicher Film ist und der als dieser nur bis zu einem Punkt Zugeständnisse

an die Führer des Proletariats machen kann. Die kleinbürgerliche Art, besonders Marx und Engels zu schauspieln, nimmt den Charakteren sowie der Tatsache, dass deren Werk sich im erbittertsten Klassenkampf entfaltet, an einigen Stellen die Ernsthaftigkeit. Auf der einen Seite werden sie etwas schmarotzerhaft dargestellt, auf der anderen Seite etwas planlos. Den Einfall zum Ausspruch in der 11. These über Feuerbach **„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“** sollen Marx und Engels laut Film nachts sturzbetrunken gehabt haben, als wäre das eine Sache, die ihnen nicht von Anfang an bewusst gewesen wäre. Und auch die Romanze- und Erotikszenen, ohne die ein bürgerlicher Spielfilm heute offensichtlich nicht mehr produziert werden darf, müssen natürlich auch Platz finden in einem bürgerlichen Porträt der beiden größten proletarischen Führer des 19. Jahrhunderts. Außerdem vermittelt der Film den Eindruck, dass die Lehren von Marx zwar heute noch weiterleben, aber der Kapitalismus von damals etwas ganz anderes ist als der von heute, und die Bourgeoisie nicht die selbe Klasse ist, die sich für die Verbrechen damals verantwortlich gemacht hat. Diese bürgerliche Lüge ist sehr weit verbreitet und geht damit einher, dass die Existenz des Imperialismus, des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, und die Verschiebung der hauptsächlichlichen Ausbeutung auf die Länder der dritten Welt geleugnet wird. Gleichzeitig wird gesagt in der „Dienstleistungsgesellschaft“, wobei sie ihre Augen nun hingegen *nur* auf die imperialistischen Länder richten, gebe es kein richtiges Proletariat mehr und das Leid von früher sei allein durch die Entwicklung der Produktivkräfte abgeschafft worden.

Der Abschluss des Filmes ist insgesamt nicht gelungen. Eine sehr schlechte Szene zum Ende des Filmes zeigt Marx und Engels an der belgischen Nordseeküste, wo Marx selber so unentschlossen und kampfmüde sein soll, dass Engels ihn überreden muss, weiterzumachen. Natürlich ist das vollkommener Blödsinn – Marx und Engels legten in ihrer ganzen Lebenszeit als Revolutionäre einen unerschütterlichen Kampfgeist an den Tag. Anschließend bildet das Verfassen des Manifests im Frühjahr 1848 das Ende des Films. Das ist kein Wunder. Einen Monat später bricht, wie noch richtig angemerkt wird, in ganz Europa die Revolution

aus. Mit dem Manifest haben Marx und Engels das Kampfprogramm für das Proletariat gelegt, und gehen im Anschluss direkt zu *organisatorischer Tätigkeit* über. Engels kämpft 1848/49 an vorderster Front, Marx leitet aus dem Exil die Organisierung des Proletariats und begründet 1864 die „Erste Internationale“ mit. An dieser Stelle geht es nicht mehr „nur“ darum, dass zwei junge Männer „sich gegen die alte Ordnung auflehnen, indem sie hauptsächlich Schriften verbreiten“, sondern um revolutionäre Organisation. Deshalb ist für diesen Film, der Marx und Engels im Allgemeinen *positiv* darstellt, auch 1848 Schluss, deshalb heißt er auch „Der junge Karl Marx“, denn dann ist der für die Bourgeoisie „annehmbare“ Teil vorbei. Und so nimmt die deutsche Bourgeoisie Marx und Engels irgendwie in die Reihe anerkannter deutscher historischer Persönlichkeiten auf, deren Werk darauf reduziert wird, dass sie wichtige Philosophen und Ökonomen waren, die irgendwie etwas Systemkritisches an sich hatten. Diese Lüge können sie bei den späteren Führer unserer Klasse, die den Großteil ihres Lebens direkter Teil des gewaltsamen Kampfes des Proletariats um die Eroberung und Festigung der Macht waren, nicht bringen, und entstellen sie stattdessen mit noch viel größeren Lügen als Tyrannen und ähnliches. Aber es ist klar, dass die Ansichten von Marx und Engels seit jeher waren, dass die Kommunisten alles tun müssen, um die gewaltsame Revolution und den Aufbau der Diktatur des Proletariats voranzubringen, dass dies der einzige Weg zur Befreiung der Menschheit ist.

Trotzdem ist „Der junge Karl Marx“ grundlegend ein guter Film und etliche Male besser als die ganzen Dokus und Artikel, die im Augenblick zum 200. Geburtstag über Friedrich Engels erscheinen, welche seine revolutionäre Tätigkeit vollkommen negieren. Wer wenig historische Kenntnis über das Werk von Marx und Engels hat, der kann den Film – natürlich nur als nebensächliche Begleitung zum Studium der Schriften von Marx und Engels – guten Wissens heranziehen. •





DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM JANUAR

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus
(Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular
Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag
im Monat - 13 Uhr

Ewiges Gedenken
dem großen
Kämpfer und
Lehrer des
Proletariats
**Friedrich
Engels!**

